

**abgeschlossen am
20. November 2003**

	<u>Seite</u>
1. Präsident setzt sich in der Irak-Politik gegenüber Congress durch	1
2. Congress verbietet umstrittenes Abtreibungsverfahren	2
3. Congress debattiert Kompromiss zu Medikamenten-Zusatzversicherung	4
4. Senat gegen Begrenzungen von Treibhausgas-Emissionen	6
5. Repräsentantenhaus verabschiedet Energie-Kompromiss	7
6. Senat für Sanktionen gegen Syrien	8
7. Bob Graham zieht sich aus dem Senat zurück	8
8. Republikaner gewinnen zwei von drei Gouverneurswahlen im Süden	9
9. Präsidentschaftswahlen: Dean und Kerry verzichten auf Wahlkampfungeschüsse	10

11/2003

1. Präsident setzt sich in der Irak-Politik gegenüber Congress durch

In der Auseinandersetzung mit dem Senat um einen Ergänzungshaushalt für die amerikanischen Truppen im Irak und den Wiederaufbau des Landes (*Supplemental Fiscal Year 2004 Appropriations for the Reconstruction and Military Occupation of Iraq and Afghanistan*) hat sich Präsident Bush Anfang November 2003 voll und ganz durchgesetzt.

Während sich der Senat nicht zuletzt auf Betreiben einiger einflussreicher Republikaner zunächst dafür ausgesprochen hatte, die Wiederaufbauhilfe in Höhe von 20,3 Mrd. USD in etwa zur Hälfte als Darlehen an den Irak zu vergeben (vgl. CR 10/2003, S. 1), ließ die Kammer diese Forderung im Vermittlungsausschuss auf Druck des Weißen Hauses wieder fallen.

Insgesamt einigten sich die Verhandlungsführer im Vermittlungsausschuss auf

- einen Ergänzungshaushalt in Höhe von 87,54 Mrd. USD, wovon 18,65 Mrd. für den Wiederaufbau des Irak zur Verfügung gestellt werden.

Das sind für die Titelgruppe „Iraq Relief and Reconstruction Fund“ zwar 2,65 Mrd. USD weniger als ursprünglich von Präsident Bush verlangt. Gleichzeitig wurde aber auf die Darlehensbestimmung, wie sie von den Republikanern Bownback (Kann.), Campbell (Colo.), Chambliss (Ga.), Collins (Maine), Ensign (Nev.), Graham (S.C.), Murkowski (Alaska) und Snowe (Maine) im Senat zunächst verlangt worden war, verzichtet.

Senator Campbell, der von Bush politisch massiv unter Druck gesetzt wurde und schlussendlich auf die Linie des Weißen Hauses einschwenkte, warf dem Präsidenten unverhohlen vor, ihn mit seiner kompromisslosen Haltung politisch zu beschädigen. Der Senator bewirbt sich in den Senatswahlen 2004 für eine dritte Amtsperiode.

Hintergrund ist die wachsende Unzufriedenheit der amerikanischen Öffentlichkeit mit der Irak-Politik der Administration im Angesicht der unverminderten Instabilität des Landes und wachsender amerikanischer Verluste mehr als sechs Monate nach dem offiziellen Ende des Krieges.

Einer *Gallup*-Umfrage von Anfang November 2003 zu Folge beurteilt eine Mehrheit der Befragten Bushs Handhabung der Situation im Irak inzwischen erstmals negativ. Während 54 Prozent der Befragten die Irak-Politik Bushs missbilligten, hießen sie nur noch 45 Prozent gut. Zum Vergleich: Im Juni 2003 hatten noch 63 Prozent der Befragten die Irak-Politik Bushs positiv und nur 34 Prozent negativ eingeschätzt.

Die republikanischen Abweichler im Senat um Brownback und Snowe suchten mit ihrer Darlehensbestimmung im Rahmen des Ergänzungshaushalts für den Irak den veränderten Einstellungsmustern der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen und größere Unabhängigkeit gegenüber dem Präsidenten zu demonstrieren. Dahinter verbirgt sich

die Sorge, dass sich die Entwicklung im Irak zu einer ernstzunehmenden Belastung für die republikanische Partei in den Wahlen 2004 entwickeln könnte.

Am Ende konnte sich Präsident Bush mit seinen budgetpolitischen Vorstellungen in der Irak-Politik zwar durchsetzen. Sollten die vom Kongress bisher bewilligten Mittel für den Irak-Krieg 2003 und seine Folgen in Höhe von 166 Mrd. USD allerdings nicht ausreichen, könnte die Bereitschaft zum Dissens bei der nächsten Mittelanforderung Bushs auch in den Reihen der Republikaner schnell wachsen, zumal wenn sich eine militärische Befriedung und politische Stabilisierung des Landes als unvermindert schwierig erweisen sollte.

„Die Administration“, so die republikanische Senatorin Susan Collins (Maine), „hätte eine Kompromisslösung verfolgen sollen, die beide Seiten zufrieden stellt. Stattdessen hat sie eine sehr harte Linie vertreten.“ Auch Trent Lott (R-Miss.), der frühere *Majority Leader*, warf der Bush-Administration in der Darlehensfrage „zu große Inflexibilität vor“ und fügte warnend hinzu, dass die Haltung des Präsidenten „solange kein Problem darstelle wie daraus kein Muster werde“. Sowohl Collins als auch Lotts Äußerungen deuten die wachsende Irritation in den Reihen der Republikaner gegenüber der Irak-Politik Bushs an. Auch im Repräsentantenhaus hatten 18 konservative Republikaner wie James Sensenbrenner (Wis.) und Dana Rohrabacher (Cal.) dafür plädiert, einen Teil der Irak-Hilfe als Darlehen zu vergeben. Zwar wollte das niemand als „Botschaft an das Weiße Haus“ verstanden wissen, aber auch hier wird ein „disconnect“ zwischen den Einstellungsmustern der Öffentlichkeit und den Entscheidungen des Congress in der Irak-Politik befürchtet.

In den Reihen der Demokraten, deren Kritik an der Irak-Politik des Präsidenten seit dem Sommer immer lauter geworden ist (vgl. CR 9/2003, S. 1), wurde der Verzicht auf eine Darlehenslösung für den Wiederaufbau des Irak unverblümt kritisiert. „Warum soll der amerikanische Steuerzahler die Kosten (für den Wiederaufbau des Irak) tragen, wenn die internationale Gemeinschaft dazu nicht bereit ist“, so der demokratische Senator Robert C. Byrd (W.-Va.).

2. Congress verbietet umstrittenes Abtreibungsverfahren

Nach dem Repräsentantenhaus hat sich am 21. Oktober 2003 auch der Senat mit 64:34 Stimmen für ein Gesetz ausgesprochen, das ein umstrittenes Abtreibungsverfahren im späten Stadium der Schwangerschaft („Partial Birth Abortion“) verbietet (vgl. CR 6/2003, S. 7).

Für die Entscheidung sprachen sich 47 Republikaner und 17 Demokraten aus. Gegen das Abtreibungsverbot stimmten 30 Demokraten, drei Republikaner und ein unabhängiger Senator.

Präsident Bush hat das Gesetz am 5. November 2003 mit seiner Unterschrift in Kraft gesetzt (*Public Law* 108-105) und als konsequenten Schritt zur Verteidigung des „unschuldigen Kindes“ bezeichnet.

Das Gesetz

- belegt jene Schwangerschaftsabbrüche mit einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren, bei denen der Embryo zur leichteren Entfernung (in der Regel in einem späten Stadium der Schwangerschaft) erst dann getötet wird, wenn sich der obere Teil seines Körpers bereits außerhalb des Mutterleibs befindet.

Derartige Schwangerschaftsabbrüche sind zwar statistisch gesehen mit jährlich 3.000-5.000 Fällen eher selten und werden in der Regel mit einer medizinisch indizierten Gefährdung der Gesundheit der Mutter begründet (vgl. CR 4/2000, S. 4).

Gleichwohl hatten konservative Republikaner wie Rick Santorum (Pa.) im Senat und Steve Chabot (Ohio) im Repräsentantenhaus immer wieder ein Verbot für dieses umstrittene Abtreibungsverfahren verlangt und seit Mitte der 1990er Jahre mehrere Anläufe unternommen, um es politisch durchzusetzen (vgl. CR 10/1996, S. 8; CR 9/1998, S. 5). Dabei waren sie zweimal am Veto von Bushs Amtsvorgänger Bill Clinton im Weißen Haus gescheitert. Im Jahr 2000 erklärte dann der *Supreme Court* ein ähnlich lautendes Gesetz des Bundesstaates Nebraska in einer knappen 5:4 Entscheidung für verfassungswidrig.

Das hielt die religiöse Rechte und ihre Sympathisanten im Parlament nicht davon ab, in der ersten Sitzungsperiode des 108. Congress einen erneuten Gesetzesvorstoß zu unternehmen, bei dem es vor allem darum geht, das durch den Obersten Gerichtshof seit 1973 in den USA verbriefte Recht auf Schwangerschaftsabbruch (*Roe versus Wade*) in Frage zu stellen. Schließlich kann das nun verabschiedete Gesetz auch so gelesen werden, dass es Schwangerschaftsabbrüche vom dritten Monat an verbietet.

Befürworter der Entscheidung wie der Republikaner Mike Pence (Ind.) im Repräsentantenhaus feierten das Abtreibungsverbot denn auch als „ersten wahren Sieg für das ungeborene Leben seit *Roe gegen Wade*“.

Dagegen erklärten Gegner der Entscheidung den *Partial Birth Abortion Ban* für schlichtweg verfassungswidrig und kündigten entsprechende Klagen an. Einstweiligen Verfügungen von Interessengruppen wie der *American Civil Liberties Union* und der *Planned Parenthood Federation of America* wurde inzwischen statt gegeben.

Die Kritiker des Abtreibungsgesetzes wie Barbara Boxer (D-Cal.) im Senat bemängeln vor allem, dass es keine Ausnahmeklausel zum Schutz des Lebens der Schwangeren enthält und hoffen deshalb, dass es einer verfassungsrechtlichen Überprüfung durch den *Supreme Court* nicht standhalten wird.

Befürworter wie Senator Santorum glauben dagegen, „dass mit den Formulierungen, die in das Gesetz geschrieben wurden“ das Problem der „verfassungsrechtlichen Unklarheit“ vom Tisch ist. Auf jeden Fall ist es Santorum und seinen politischen Mitstreitern im Congress erstmals gelungen, eine gesetzliche Einschränkung des seit 1973 verbrieften Rechts auf Abtreibung durchzusetzen.

Präsident Bush hatte schon während des Präsidentschaftswahlkampfes 2000 einen „Partial Birth Abortion Ban“ unterstützt und versprochen, dass er ein entsprechendes Gesetz nach seiner Wahl zum Präsidenten unterzeichnen würde. Sein demokratischer Kontrahent Al Gore hatte sich demgegenüber kategorisch gegen jede Einschränkung des Rechts auf Abtreibung ausgesprochen.

3. Congress debattiert Kompromiss zu Medikamenten-Zusatzversicherung

Der Vermittlungsausschuss des Congress zur Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage für eine Medikamentenversicherung (Medigap Insurance) unter Medicare, der Bundeskrankenversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, hat Mitte November 2003 einen neuen Kompromissvorschlag vorgelegt.

Der unter Beteiligung von *Speaker* Dennis Hastert (R-Ill.) und *Senate Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) ausgehandelte Kompromiss fand auch die Zustimmung der demokratischen Verhandlungsführer, Senator John Breaux (La.) und Senator Max Baucus (Mont.).

Nach einer bereits im Oktober erzielten Übereinkunft, nach der in Regionen, in denen weniger als zwei private Versicherungsanbieter auftreten, der Bund über *Medicare* selbst als Versicherungsgeber auftreten soll (vgl. CR 10/2003, S. 6), sind sich die Verhandlungsführer auch in dem zweiten zentralen Streitpunkt entgegen gekommen.

Die insbesondere von konservativen Republikanern geforderte Öffnung von Medicare für private Anbieter ab 2010 soll nun zunächst auf ein Testprogramm in 6 Ballungszentren beschränkt werden, wobei die Versicherten die Option haben, im staatlichen Programm zu verbleiben.

Nach bisherigen Informationen sieht die Vorlage bei einem Gesamtvolumen von ca. 395 Mrd. USD in den ersten 10 Jahren vor, dass

- Anspruchsberechtigte unter *Medicare* gegen einen monatlichen Beitrag von ca. 35 USD auf freiwilliger Basis eine Medikamenten-Zusatzversicherung abschließen können,
- die Zusatzversicherung nach einem Grundeigenbetrag von 250 USD jährlich die Kosten von Medikamenten bis zu 2.250 USD zu 75 Prozent übernimmt und

- ab einem Gesamteigenbeitrag der Versicherten von 3.600 USD jährlich die Kosten zu 95 Prozent übernommen werden.

Senioren mit Jahreseinkommen von unter ca. 12.000 USD (und unter einem Barvermögen von unter 6.000 USD) sollen von den Prämienzahlungen und Eigenleistungen befreit werden. Bereits ab 2004 sollen einkommensschwache Senioren eine Art Rabattkarte des Bundes erhalten, die Zuzahlungen bis zu 600 USD vorsieht.

Demgegenüber werden Senioren mit Einkommen von jährlich über 80.000 USD (ca. drei Prozent der Anspruchsberechtigten) mit progressiv höheren Beiträgen belastet.

Zusätzlich sieht der Kompromiss vor, ländlichen Regionen mehr Geld zur Verfügung zu stellen und die Vergütungen für Dienstleistungen unter *Medicare* nicht, wie nach bisherigem Gesetzesstand vorgesehen, zu kürzen, sondern zu erhöhen.

Ungeachtet der substantiellen Zugeständnisse ist der Kompromiss vor allem auf der Seite der liberalen Demokraten auf breite Ablehnung gestoßen. Senator Edward Kennedy (Mass.), der führende gesundheitspolitische Vertreter der demokratischen Fraktion, der nicht dem Vermittlungsausschuss angehört hat, bezweifelte, dass die Vorlage von seiner Kammer angenommen wird. Scharfe Kritik übte auch *Senate Minority Leader* Tom Daschle (D-S.D.), der die zu geringen Leistungen der Zusatzversicherung und die schleichende Aushöhlung des populären *Medicare*-Programms in harschen Worten brandmarkte.

Im Repräsentantenhaus hat *Minority Leader* Nancy Pelosi (D-Cal.) angekündigt, ihre Fraktion werde alles dafür tun, um die Annahme des Gesetzes zu verhindern. Mit Ausnahme von Senator Joe Lieberman (Conn.) haben sich alle Bewerber um die demokratische Präsidentschaftsnominierung der Ablehnungsfront angeschlossen.

Problematisch für die liberalen Demokraten ist jedoch, dass sich zwischenzeitlich die *American Association of Retired People* (AARP), mit ca. 35 Millionen Mitgliedern der größte Seniorenverband, unter Leitung des geschäftsführenden Direktors William D. Novelli für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen hat.

Wenngleich Meinungsumfragen darauf hinweisen, dass die geplante Zusatzversicherung unter Senioren auf erhebliche Vorbehalte stößt, wird es angesichts der Unterstützung durch die AARP für die Demokraten schwierig, ihre Reihen geschlossen zu halten.

In der republikanischen Fraktion haben die Zugeständnisse an die Demokraten dagegen zu einer merklichen Enttäuschung unter konservativen Mitgliedern geführt, die nun eine Ablehnung des Kompromisses erwägen. Angesichts der knappen Mehrheiten stellen die drohenden Stimmverluste nun die notwendigen Mehrheiten auch von konservativer Seite in Frage.

Die republikanischen Parteiführungen haben namhafte Konservative wie *Majority Leader* Tom DeLay (Tx.) und den früheren *Speaker* Newt Gingrich (Ga.) mobilisiert, um die Fraktionen einzuschwören.

Präsident Bush hat zudem den Congress aufgefordert, die Kompromissvorlage zu verabschieden, und angekündigt, er werde das Gesetz unterzeichnen. Die Vorlage soll noch vor Beginn der Sitzungspause zu *Thanksgiving* zur Abstimmung kommen.

4. Senat gegen Begrenzung von Treibhausgas-Emissionen

Im Senat ist Ende Oktober 2003 mit 55:43 Stimmen ein Gesetzesvorstoß gescheitert, der darauf abzielte, die Treibhausgas-Emissionen der amerikanischen Industrie zu begrenzen.

Die Gesetzesinitiative war von dem Republikaner John McCain (Arz.) und dem Demokraten Joseph Lieberman (Conn.) eingebracht worden und sah vor,

- die Kohlendioxid- und Stickoxid-Emissionen amerikanischer Kohlekraftwerksbetreiber und großer Industrieunternehmen auf die Emissionshöhe des Jahres 2000 zu begrenzen.

Gleichzeitig sollten marktbasierende Maßnahmen zum Handel mit Treibhausgasemissionen eingeführt werden, damit auch besonders schadstoffreiche Industrien die Begrenzungsziele über eine marktwirtschaftliche Selbstregulierung erreichen können.

Die Gegner der McCain-Lieberman-Initiative wie James M. Inhofe, der Vorsitzende des *Environment and Public Works Committee* im Senat, führten schwere Belastungen für die amerikanische Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit ins Feld und bezweifelten auch die umweltpolitischen Vorteile einer Begrenzung der Kohlendioxid-Emissionen.

Sie fühlen sich dabei von Präsident Bush unterstützt, der im Frühjahr 2001 seine Ablehnung des Kyoto-Protokolls von 1997 zur Verringerung der Treibhausgas-Emissionen, die für die Erwärmung der Erdatmosphäre verantwortlich gemacht werden, offiziell machte, was zu weltweiter Kritik an der unverhohlenen Verweigerungshaltung der USA gegenüber einem internationalen Klimaregime geführt hatte.

Während sich der Senat allerdings 1997 bereits vor Verabschiedung des Kyoto-Protokolls mit 95:0 Stimmen gegen jedwede Vereinbarung zur Verringerung von Treibhausgas-Emissionen ausgesprochen hatte, stimmten dieses Mal 36 Demokraten, ein Unabhängiger und 6 Republikaner für die McCain-Lieberman-Initiative. Bei den Republikanern waren es neben McCain die Senatoren Lincoln D. Chafee (R.-I.), Susan Collins (Maine), Judd Gregg (N.H.), Richard Lugar (Ind.) und Olympia J. Snowe (Maine).

Das unterstreicht, wie sehr sich die Kräftekonstellation im amerikanischen Senat in der Klimapolitik zu verschieben beginnt. McCain und Lieberman kündigten denn auch an, dass sie in der Klimapolitik nicht locker lassen würden und Interessengruppen wie der *Natural Resources Defense Council* werteten das Ergebnis als deutliches Signal für einen beginnenden Meinungsumschwung im Senat.

5. Repräsentantenhaus verabschiedet Energie-Kompromiss

Mit 246 gegen 180 Stimmen hat das Repräsentantenhaus am 18. November 2003 mit überraschend deutlicher Mehrheit den vom Vermittlungsausschuss unter republikanischer Federführung ausgearbeiteten Kompromiss für ein Energieversorgungsgesetz angenommen.

In der Abstimmung schlossen sich 46 demokratische Abgeordnete der republikanischen Mehrheit an. 25 republikanische Abgeordnete stimmten mit der Mehrheit der demokratischen Fraktion gegen die Vorlage.

Der Erfolg des von Präsident Bush unterstützten Energie-Gesetzes im Repräsentantenhaus folgte monatelangen Verhandlungen um die Initiative der Regierung, die mit substantiellen Zugeständnissen an Demokraten wie Republikaner einen mehrheitsfähigen Kompromiss auszuarbeiten suchte (vgl. CR 10/2003, S. 4).

Der wichtigste Schritt in Richtung einer eventuellen Annahme durch beide Kammern des Congress war die Ausklammerung der ursprünglich geforderten Öffnung von Alaskas Naturschutzgebieten für die Öl- und Gasexploration, die auch in den Reihen der Republikaner auf Widerstand gestoßen war.

Nach Schätzungen enthält die Gesetzesvorlage steuerliche Anreize zur Erhöhung der Energieproduktion von ca. 24 Mrd. USD sowie zur Energieeinsparung in Höhe von ca. 8 Mrd. USD, die in den ersten 10 Jahren zu einem entsprechenden Anstieg des Haushaltsdefizits führen könnten.

Mit Blick auf den massiven Stromausfall im Nordosten der USA im August 2003 enthält die Vorlage eine Bestimmung, nach der die bisher freiwilligen Richtlinien zur Netzsicherheit verbindlich gemacht würden. Nach Einschätzung der nach dem Stromausfall eingesetzten Untersuchungskommission hätte dies wahrscheinlich den Störfall verhindert.

Kritiker des Energiegesetzes verweisen jedoch nicht nur auf die enormen Subventionsgeschenke, sondern wenden ein, dass die Vorlage im Hinblick auf Umweltschutz und Energieeinsparung zu kurz greift.

Insbesondere die Ausnahme von Energieunternehmen von möglichen Klagen wegen der Nutzung eines Methyläthers (MTBE) als Benzinzusatzstoff, der in mehr als der

Hälfte der US- Bundesstaaten zu Grundwasserverseuchungen geführt hat, stößt auf heftige Ablehnung - und das nicht nur unter Demokraten.

Vor dem Hintergrund der massiven Kritik an dem Kompromisspaket gilt die Annahme durch den Senat als nicht sicher. *Minority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) hat zwar angekündigt, er werde für die Vorlage stimmen. Doch demokratische Senatoren um Chuck Schumer (N.Y.) wollen versuchen, mit Hilfe einer Sperrminorität von 41 Stimmen die Abstimmung über die Gesetzesvorlage zu verhindern (*filibuster*). Sie zählen dabei auf verärgerte konservative Senatoren wie Judd Gregg (N.H.), die mit der regionalen Verteilung der Leistungen und Lasten unzufrieden sind. Die Konfliktlinie verläuft also nicht mehr primär zwischen den Parteien, sondern zwischen verschiedenen Regionen.

Nach Angaben der Senatsführung um Bill Frist (R-Tenn.) fehlen der Mehrheit noch die Stimmen von etwa vier Senatoren, um eine Abstimmung gegen das angedrohte *Filibuster* erzwingen zu können.

6. Senat für Sanktionen gegen Syrien

Nach dem Repräsentantenhaus hat sich Anfang November 2003 auch der Senat mit großer Mehrheit (89:4 Stimmen) für Sanktionen gegen Syrien ausgesprochen,

- solange die Regierung in Damaskus nicht ihre Besetzung des Libanon beendet, die Unterstützung terroristischer Organisationen stoppt und auf die Entwicklung biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen verzichtet.

Gegen die Sanktionsgesetzgebung sprachen sich lediglich die Senatoren Robert C. Byrd (D-W.Va.), Lincoln D. Chafee (R-R.I.), Mike Enzi (R-Wyo.) und James M. Jefford (I-Vt.) aus.

Die Initiatoren der Gesetzesvorlage, die demokratische Senatorin Barbara Boxer (Cal.) und der republikanische Senator Sam Brownback (Pa.), werteten das Abstimmungsergebnis als wichtiges Signal für die nationale Sicherheit und den Friedensprozess im Nahen Osten. „Dieses Gesetz“, so auch *Senate Minority Leader* Tom Daschle (D-S.D.), „macht Syrien klar, was wir erwarten.“ Die Administration müsse gegenüber der Regierung in Damaskus ihre Politik der „mixed signals“ beenden.

7. Bob Graham zieht sich aus dem Senat zurück

Senator Bob Graham (D-Fla.) hat Anfang November 2003 erklärt, er werde in den Congress-Wahlen 2004 nicht zur Wiederwahl antreten.

Graham hatte bereits im Oktober seine Bewerbung um die Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat aufgrund der mangelnden Resonanz auf seine Kandi-

datur aufgegeben (vgl. CR 10/2003, S. 9). In diesem Kontext hatten Mitarbeiter des Senators erstmals die Möglichkeit eines Ausscheidens angedeutet (vgl. CR 10/2003, S. 8).

Für seinen Rückzug aus der Bundespolitik machte der populäre Ex-Gouverneur Floridas private Gründe geltend. Graham gehört dem Senat seit 1986 an und hat sich zuletzt als Vorsitzender des Geheimdienstausschusses (107. Congress) und Kritiker der Sicherheitspolitik der Bush-Administration einen Namen gemacht.

Graham versprach seinem demokratischen Nachfolgekandidaten volle Unterstützung. Doch für die Demokraten wird es ohne Graham voraussichtlich schwer, den Sitz im Sunshine State zu verteidigen, in dem die Landespolitik derzeit von den Republikanern dominiert wird.

Für die Demokraten erschwert Grahams Abtritt zudem die Wiedererlangung der Mehrheit im Senat erheblich. Graham ist nach John Edwards (N.C.), Ernest F. Hollings (S.C.) und Zell Miller (Ga.) der vierte Südstaaten-Demokrat, der mit dem Auslaufen der Legislaturperiode ausscheidet (vgl. CR 10/2003, S. 9).

8. Republikaner gewinnen zwei von drei Gouverneurswahlen im Süden

Die Republikanische Partei hat Anfang November 2003 mit dem Sieg von zwei ihrer Kandidaten in Kentucky und Mississippi ihre Erfolgsserie in den Gouverneurswahlen zwischen den Bundeswahlen (den sogenannten Off-Year-Elections) fortgesetzt. In Louisiana konnte sich die demokratische Gouverneurskandidatin Kathleen Blanco in einer Stichwahl durchsetzen.

Den Auftakt der republikanischen Erfolgsserie markierte bereits im Oktober 2003 die Abwahl des demokratischen Gouverneurs Kaliforniens, Gray Davis, und die anschließende Wahl des Schauspielers Arnold Schwarzenegger, der mit 48 Prozent der Stimmen überraschend deutlich vor seinem demokratischen Konkurrenten Cruz Bustamante (32 Prozent) und einer Vielzahl anderer Kandidaten lag.

In Kentucky gewann der republikanische Abgeordnete Ernie Fletcher mit 55 Prozent der Stimmen gegen den demokratischen Kandidaten (45 Prozent), *State Attorney General* Ben Chandler, ebenfalls mit deutlichem Vorsprung.

In Mississippi setzte sich der frühere Generalsekretär der republikanischen Partei, Haley Barbour, mit 53 Prozent der Stimmen gegen den amtierenden demokratischen Gouverneur, Ronnie Musgrove, durch.

In Louisiana siegte Kathleen Blanco mit 52 Prozent der Stimmen knapp gegen den republikanischen Kandidaten Bobby Jindal, den 32-jährigen Sohn einer Einwandererfamilie aus Indien (48 Prozent). Der amtierende republikanische Gouverneur Mike

Foster konnte aufgrund der geltende Amtszeitbegrenzung nicht zur Wiederwahl antreten. Blanco ist die erste Gouverneurin Louisianas.

In den Wahlen zu Einzelstaaten-Parlamenten konnten die Demokraten in New Jersey die Mehrheit im Senat wieder gewinnen und ihren Sitzanteil in Virginia leicht ausbauen.

Beide Parteien zeigten sich bemüht, ihre Erfolge herauszustreichen und die Niederlagen herunterzuspielen. Insbesondere die Republikaner sehen ihre Zugewinne in den Gouverneurswahlen als positive Vorzeichen für die anstehenden Bundeswahlen 2004.

Inwieweit die Ergebnisse der Einzelstaaten-Wahlen jedoch als parteipolitische Trends auf die nationale Ebene hochgerechnet werden können, bleibt fraglich. Die Wahlen in Kentucky und Mississippi fügen sich nahtlos in den langfristigen Trend einer wachsenden Stärke der republikanischen Partei in den Südstaaten der USA. Die parallel dazu ungebremschte Stärke der Demokraten im Norden und Osten der USA spiegelt sich in den Zugewinnen in New Jersey.

Als gemeinsamer Nenner der Gouverneurswahlen von Kalifornien bis Louisiana kann gelten, dass die Partei des jeweils amtierenden Gouverneurs verloren hat. Wählerunmut über die anhaltenden Konjunktur- und Haushaltsprobleme scheinen neben persönlichen Skandalen wie in Kentucky die zentralen Gründen für die Niederlagen gewesen zu sein. Auf der Bundesebene ist eine entsprechende Welle politischen Verdrosses bisher allerdings nicht zu beobachten.

9. Präsidentschaftswahlen: Dean und Kerry verzichten auf Wahlkampffzuschüsse

Der demokratische Präsidentschaftsbewerber und frühere Gouverneur Vermonts Howard Dean hat Anfang November 2003 erklärt, er werde keine staatliche Wahlkampffinanzierung in Anspruch nehmen. Nur wenige Tage später folgte Senator John Kerry mit einer gleichlautenden Erklärung.

Das mit dem *Federal Elections Campaign Act* (FECA 1970/1974) eingerichtete System der öffentlichen Finanzierung der Präsidentschaftswahlkämpfe sieht vor, dass Kandidaten, die in mindestens zwanzig Staaten jeweils 5.000 USD in Form von Spenden unter 250 USD einwerben, staatliche Zuschüsse in gleicher Höhe erhalten können. Im Gegenzug zu der staatlichen Wahlkampfunterstützung müssen sie allerdings eine Begrenzung ihrer Ausgaben in den Vorwahlen auf ca. 45 Mio. USD akzeptieren.

Darüber hinaus müssen sie Ausgabenlimits in den Einzelstaaten beachten, was ihren taktischen Spielraum gegenüber ihren politischen Konkurrenten empfindlich einschränkt. Außerdem führt das bestehende System dazu, dass der jeweils siegreiche Kandidat in den Vorwahlen in der Regel die zur Verfügung stehenden Mittel verausgabte hat und bis zum Beginn des Hauptwahlkampfes seine Kampagne nur auf Sparflamme weiterführen kann.

Für die Demokraten ergibt sich im laufenden Wahlkampf insofern ein gravierender Nachteil, als Präsident Bush, der in den republikanischen Vorwahlen ohne Gegenkandidat antritt, auf jedwede staatliche Wahlkampffinanzierung verzichtet und bereits jetzt Spenden von ca. 100 Mio. USD eingeworben hat. Als Ziel hat Bushs Team die Rekordsumme von 170 bis 200 Mio. USD vorgegeben.

Während Deans Entscheidung gegen die staatliche Wahlkampffinanzierung als Zeichen der gegenwärtigen Stärke seiner Kandidatur gesehen werden kann, ist für Kerry eher das Gegenteil der Fall.

Dean hatte bis zum Ende des dritten Quartals der *Federal Election Commission* (FEC) schon Einnahmen von ca. 25 Mio. USD gemeldet. Kerry lag auf Platz zwei mit ca. 20 Mio. USD, gefolgt von John Edwards (14,5 Mio.), Richard Gephardt (13,7 Mio.), Joe Lieberman (11,8 Mio.) Wesley Clark (3,5 Mio.) und Dennis Kucinich (3,4 Mio.).

Der starke Zuspruch zu Deans Kampagne, die erheblich von den neuen Kommunikationsmöglichkeiten des Internets profitiert, scheint es dem früheren Gouverneur zu erlauben, den Verlust der staatlichen Zuschüsse durch Spenden mehr als zu kompensieren.

Dean hat sich in einer Reihe aktueller Meinungsumfragen an die Spitze des Kandidatenfeldes gesetzt, während General a.D. Wesley Clark, der erst im September aktiv in den Wahlkampf eingestiegen ist, zurückgefallen ist.

Zusätzlichen Auftrieb hat Dean durch die Unterstützung seiner Kandidatur durch zwei größere Gewerkschaften erhalten, die *Service Employee International Union* (SEIU) und die *American Federation of State, County and Municipal Employees* (AFSCME).

Dies war insbesondere für Dick Gephardt (Mo.), aufgrund seiner langjährigen Kooperation Favorit der Gewerkschaften, ein herber Rückschlag. Gephardt kann zwar auf die Unterstützung von 20 Einzelgewerkschaften verweisen, die Unterstützung durch den Dachverband AFL-CIO, die eine 2/3-Mehrheit der Mitgliedsverbände erfordert, ist damit jedoch in Frage gestellt.

Der kürzliche Personalwechsel an der Spitze von John Kerrys Wahlkampfteam ist demgegenüber ein Eingeständnis, dass seine Kampagne vor allem im Vergleich zu Dean an Boden verloren hat. Allerdings kann Kerry durch den Verzicht auf die staatliche Wahlkampffinanzierung auf sein erhebliches Privatvermögen zurück greifen.

Ungeachtet der wechselnden Erfolge und Misserfolge der einzelnen Kandidaten ist nach den Ergebnissen von Meinungsumfragen noch mehr als ein Drittel der demokratischen Vorwähler unentschieden. In einer Umfrage der *Quinnipac University* von Ende Oktober 2003 erhielt zudem eine hypothetische Kandidatur von Hillary Rodham Clinton einen Zuspruch von über 40 Prozent, während alle übrigen Kandidaten jeweils nicht mehr als 10 Prozent Zustimmung erzielten.